

Wie die Angst vor dem Zorn der Bürger die grüne Atomdebatte antreibt

Stand: 18.07.2022 | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Nikolaus Doll, Ulrich Exner, Kristian Frigelj, Claudia Kade, Frederik Schindler, Johannes Wiedemann**



Grünen-Chefin Ricarda Lang und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne)

Quelle: Marlene Gawrisch/WELT; Amin Akhtar/WELT; Armin Weigel/picture alliance/dpa; Montage: Infografik WELT

Abrücken von einem grünen Grundsatz: Plötzlich schließen Wirtschaftsminister Habeck und Grünen-Chefin Lang einen befristeten Weiterbetrieb der letzten Atomkraftwerke nicht mehr aus. Ein Manöver, das vielen Parteifreunden aufstößt. Schon formiert sich Widerstand im eigenen Lager.

Grüne und Sozialdemokraten wollen diese Debatte eigentlich nicht führen – aber die FDP lässt den Koalitionspartnern keine Wahl. Kaum ein Tag vergeht, an dem die Liberalen nicht einen neuen Vorstoß für eine Laufzeitverlängerung der drei letzten am Netz verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland unternehmen. Tatkräftig unterstützt von CDU und CSU.

Bislang waren die Fronten klar: Die FDP will, dass die Meiler aufgrund der befürchteten Energieengpässe über den vereinbarten Atomausstieg zum Ende des Jahres hinaus weiter Strom liefern. Die SPD will das nicht und zu dembrisanten Thema am liebsten gar nichts sagen. Und die Grünen sind strikt dagegen. Besser: waren es. Denn nun zeigen sich dort erste

Risse im Anti-Atomkraft-Lager. Ausgerechnet befeuert von Grünen-Co-Chefin Ricarda Lang (<https://welt.de/239933887>).

Lang ist eigentlich alles andere als eine Kernkraft-Befürworterin. Noch am Samstag hatte sie in einem Interview behauptet, Atomkraft ersetze weniger als ein Prozent der Stromerzeugung aus Gaskraftwerken. Die Meiler weiterlaufen zu lassen, wäre daher so, als ob man „ein Pflaster auf die falsche Stelle“ klebe.

Einen Tag später saß die Grünen-Chefin bei Anne Will in der Sonntagabend-Talkshow (<https://welt.de/239969319>) und sagte einerseits, dass „Stand jetzt“ eine Laufzeitverlängerung kein Thema sei. Und fügte andererseits hinzu: „Dann sage ich, dass wir wie in jedem Moment dieser Krise natürlich immer auf die aktuelle Situation reagieren müssen, dabei alle Maßnahmen prüfen werden ... Wir haben das nie kategorisch ausgeschlossen, sondern wir haben immer aktuell geprüft, was macht in diesem Moment Sinn.“

Lang schließt also einen Weiterbetrieb deutscher AKW nicht mehr aus, allenfalls eine Verlängerung für mehrere Jahre.

Und nun hat auch der ansonsten ebenfalls atomkraftkritische Wirtschaftsminister Robert Habeck am Montag einen Türspalt offengelassen für einen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke. Eine Sprecherin des Ministeriums kündigte an, es werde nun eine zweite Stresstest-Berechnung zur Versorgungssicherheit erstellt, um weitere Szenarien abzuklopfen: „Wir rechnen jetzt noch mal und entscheiden dann auf der Basis von klaren Fakten.“

Die Grünen wissen, dass der Zorn ihre Partei treffen würde

Die Fakten sehen im Fall des niederbayerischen Kernkraftwerks Isar 2 so aus: Es kann mit den vorhandenen Brennstäben bis März eine Leistung von 60 bis 70 Prozent liefern. Dann würde ein Ersatzkern aus eigenem Material eingewechselt, der bis Juli 80 Prozent der vollen Leistung liefert. Dafür ist nach Angaben des Betreibers Preussen Elektra weder eine neue Genehmigung nötig, noch eine aktuelle Sicherheitsüberprüfung.

Millionen von Haushalten könnten so mit Strom versorgt, knappes Gas müsste nicht verstromt werden. Das kann eine entscheidende Rolle spielen, wenn Russland den Gashahn

endgültig zudreht. Der Kraftwerksbetreiber hatte der Bundesregierung im März angeboten, Isar 2 auf dieser Basis weiterlaufen zu lassen, aber eine Absage bekommen. Doch nun wird ein Mangelszenario immer wahrscheinlicher, deshalb der zweite Stresstest. Deshalb auch die Ankündigungen von Habeck und Lang, nun „alle Maßnahmen“ prüfen zu wollen.

Robert Habeck ist klar, dass man zuerst ihn in die Verantwortung nehmen wird, wenn ab Herbst Wohnungen kalt bleiben und Werke stillstehen. Und Grünen-Chefin Lang weiß, dass der Zorn in der Bevölkerung zuerst ihre Partei treffen würde, weil sie die atomaren Energielieferanten nicht am Netz gelassen hat. Daher nun die Bereitschaft, „alle Maßnahmen“ zu prüfen, was die Atomkraft einschließt. Doch ihre Partei dabei mitzunehmen, dürfte schwer werden für Habeck und Lang – eigentlich ein nicht zu leistender Kraftakt.

Sicher, es gibt Grüne, die würden sich darauf einlassen, dass man über einen befristeten Weiterbetrieb von Kernkraftwerken nachdenkt. Darunter Rebecca Harms, die maßgeblich von der Anti-Atomkraft-Bewegung geprägt wurde. 1977 war sie Mitgründerin der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, die sich gegen das Endlagerprojekt Gorleben einsetzte. Nun sagte die 65-Jährige WELT: „Alle Möglichkeiten müssen ins Auge gefasst werden, um die Energieversorgung in Deutschland und in der EU gemeinsam zu sichern.“

Energie-Einsparung und Effizienz seien jetzt wichtiger denn je. „Nach einer Sicherheitsprüfung würde ich auch der konditionierten befristeten Verlängerung von AKW-Laufzeiten zustimmen“, so Harms. „Wichtig wäre mir, dass wir bei allen möglichen Notmaßnahmen den nachhaltigen Umbau der Energiewirtschaft nicht aus den Augen verlieren. Auch Kosten und Nutzen müssen im Auge behalten werden.“

Stephan Kühn, der mehrere Legislaturperioden für die Grünen im Bundestag saß und nun Baubürgermeister der Stadt Dresden ist, sagte WELT: „Wenn sich abzeichnet, dass im Winter nicht genug Energie für die Industrie und die Privathaushalte da ist, wird keine Maßnahme außen vor bleiben können – weder eine zeitlich befristete Verlängerung der letzten Atommeiler, noch ein Tempolimit auf Autobahnen.“ Wobei er in Ostdeutschland keine Atomdebatte ausmachen könne: Denn die Meiler spielten im Osten praktisch keine Rolle bei der Stromversorgung.

In anderen Regionen fallen die Einschätzungen vorsichtiger aus. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat zwar erklärt, die Debatte um die Atomkraft habe sich erledigt. Der Grüne sagt aber auch: „Es darf keine Denkverbote geben.“ Und die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bayerischen Landtag, Katharina Schulze, meint, „in der jetzigen Krise ist es richtig, immer wieder mögliche Handlungsspielräume zu prüfen, um auf aktuelle Herausforderungen reagieren zu können“. Das schließt die Atomkraft nicht aus.

Lemkes Ministerium sieht aktuell „keinen Anlass für neue Bewertung“

Doch das Gros der Partei dürfte eher denken wie der Grünen-Politiker Joschka Knuth. Ein Betrieb der noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke über den Jahreswechsel hinaus sei aus Sicht der Landesregierung in Schleswig-Holstein „nicht zielführend“, sagte der Staatssekretär im Kieler Energieministerium auf WELT-Anfrage. „Dagegen sprechen sowohl Sicherheits- als auch wirtschaftliche Gründe. Um den Weiterbetrieb zu ermöglichen, wäre zunächst eine Sicherheitsüberprüfung erforderlich, die bereits 2019 hätte stattfinden müssen.“

Ein klares Nein kommt auch von den niedersächsischen Grünen. Ein Weiterbetrieb der Meiler, so die atompolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Miriam Staudte, löse das Gasproblem nicht, sondern schaffe neue Sicherheitsprobleme. „Alte Atommeiler, die unweigerlich mit Materialermüdung zu kämpfen haben, weiterlaufen zu lassen, ist ein hochriskantes Spiel mit dem Feuer und nicht akzeptabel.“

Die beiden Landesvorsitzenden der NRW-Grünen, Yazgülü Zeybek und Tim Achtermeyer, sagen: „Wir Grüne halten Atomkraft seit unserer Partei-Gründung für eine gefährliche Form der Energiegewinnung. Daran hat sich nichts geändert.“ Und Berlins Grünen-Chef Philmon Ghirmai, meint: „Die wenigen Megawatt an Leistung der AKW machen beim Gesamtstrombedarf in Deutschland einen sehr geringen Anteil aus und kommen als Erdgas-Ersatz auch gar nicht infrage.“ Voll auf den Punkt bringt wohl ein altgedienter Grüner in der Bundestagsfraktion die Stimmung in der Partei: „Wir haben jetzt zwei Mal dem Ausstieg vom Atomausstieg zugeschaut. Ein drittes Mal tun wir das nicht.“

Ein Sprecher des Bundesministeriums für nukleare Sicherheit von Steffi Lemke (Grüne) sagt, richtig sei, dass Habeck „einen erneuten Stresstest in Auftrag gegeben hat, der insbesondere

das Stromnetz untersucht“. Aktuell aber gebe es mit Blick auf eine AKW-Laufzeitverlängerung „keinen Anlass für eine neue Bewertung der Situation“.

Das Ergebnis eines entsprechenden Prüfvermerks von März 2022 gelte nach wie vor, so der Sprecher: In einer Abwägung von Nutzen und Risiken könnten das Ministerium sowie Habecks Ressort eine Verlängerung nicht empfehlen. In den Prüfvermerk eingeflossen seien organisatorische und logistische sowie genehmigungsrechtliche Hürden und Sicherheitsaspekte. „Diese haben nach wie vor Bestand.“

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239984269>